

Stellungnahme der Gruppe der Beauftragten der Arbeitgeber im Hauptausschuss zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2009

Zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland und des Wohlstandes unserer Gesellschaft sind gut ausgebildete Fachkräfte und innovative Unternehmer unerlässlich. Angesichts des zunehmenden Mangels an qualifizierten Fachkräften, der bereits im Jahr 2008 zu zahlreichen unbesetzten Positionen in den Unternehmen und damit zu Produktivitätsverlusten geführt hat, wächst die Notwendigkeit zur Stärkung und Qualitätsverbesserungen in der Bildung – vom frühkindlichen Bereich bis hin zur beruflichen Weiterbildung.

Neue Technologien und Marktanforderungen sowie die demografiebedingt sinkende Nachfrage nach dualen Ausbildungsplätzen erfordern eine Fachkräfteentwicklung auf einem qualitativ hohen Niveau, um die Standortbedürfnisse der Zukunft befriedigen zu können.

Vor diesem Hintergrund ist die Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung mit dem gemeinsamen Ansatz von Bund und Ländern für eine Gesamtstrategie zur Verbesserung der Qualität von Bildung in allen Bereichen zu unterstützen. Die dortigen Zusagen müssen nun konsequent umgesetzt werden.

Mehr freie Ausbildungsplätze als unvermittelte Bewerber

Die Ausbildungsmarktlage hat sich weiter verbessert:

- Erneut konnten mehr als 600.000 Ausbildungsverträge abgeschlossen werden. Gegenüber 2007 – als das zweitbeste Ergebnis seit der Wiedervereinigung erreicht wurde – sank ihre Zahl zwar durch den starken Bewerberrückgang um 9.600 auf 616.300. Dabei haben sich aber aufgrund des Rückgangs um 34.000 Schulabgänger im Jahr 2008 die Chancen für Altbewerber gegenüber dem Vorjahr verbessert. Gegenüber 2003 – dem Jahr vor dem Ausbildungspakt – wurden 2008 59.000 Ausbildungsverträge bzw. gut 10 Prozent mehr abgeschlossen.
- Im 5. Paktjahr wurden die Pakt-Zusagen erneut deutlich erfüllt und in vielen Bereichen weit übertroffen. Jedem ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen konnte entsprechend der Pakt-Zusage ein Angebot auf Ausbildung gemacht werden. Hierfür wurden 86.500 neue Ausbildungsplätze (Zusage: 60.000) und 52.700 neue Ausbildungsbetriebe (Zusage: 30.000) eingeworben. Die Zusage, 40.000 Plätze für Einstiegsqualifizierungen (EQ) anzubieten, wurde 2008 mit knapp 37.700 Plätzen nicht ganz erreicht. Angesichts einer sehr guten Ausbildungssituation mit noch zahlreichen unbesetzten Ausbildungsplätzen wurden aber auch deutlich weniger dieser Plätze benötigt.
- Die Zahl der bei den Arbeitsagenturen unvermittelt gemeldeten Bewerber zum 30.09. (14.500) war erstmals seit 2001 wieder kleiner als die Zahl der noch unbesetzt gemeldeten Ausbildungsplätze (19.500). Ihre Zahl konnte bis Mitte Januar 2009 auf knapp 6.000 reduziert werden – ein Anteil an allen gemeldeten Bewerbern von 0,9 Prozent. Ihnen standen noch ausreichend Angebote zur Verfügung: noch 3.300 von den am 30.09. unbesetzten Ausbildungsplätzen und 13.800 unbesetzte EQ-Plätze.

Trotz der aktuell schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind auch positive Signale für das Ausbildungsjahr 2009 erkennbar. Viele Betriebe werden auch im Jahr 2009 konsequent eine vorausschauende Personalplanung betreiben und ihr hohes Ausbildungsengagement fortführen. Auch bei eingetrübten Geschäftsaussichten bleibt die Sicherung des künftigen Fachkräftebedarfs vielfach das Hauptmotiv für Ausbildung. Klar ist aber auch: je länger Deutschland sich in der Rezession befinden wird, desto größer werden

die Auswirkungen auf den Ausbildungsmarkt im Jahr 2009 sein. Die Konjunkturpakete I und II der Bundesregierung sind vor diesem Hintergrund zu begrüßen, um die Binnennachfrage u. a. mit erheblichen Investitionen der öffentlichen Hand in Zukunftsbereiche wie Bildungsinfrastruktur zu stärken und Impulse für eine rasche Überwindung der Krise zu setzen.

Altbewerber

Von der sinkenden Nachfrage nach Ausbildungsplätzen und dem hohen Ausbildungsengagement der Betriebe konnten verstärkt auch Altbewerber profitieren. Viele der 320.000 bei der Bundesagentur für Arbeit registrierten Altbewerber haben im Jahr 2008 erfolgreich einen Ausbildungsplatz gefunden. Wichtig bei allen Aktivitäten und flankierenden Förderinstrumenten ist, dass die Eingliederung in eine betriebliche Ausbildung immer Vorrang vor einem Verbleib im sogenannten Übergangssystem haben muss.

Die Wirtschaft unterstützt innovative Ansätze zur Verbesserung des Übergangsmanagements, solange sie der Integration von Altbewerbern dienen, ohne das Berufsprinzip durch Teilqualifikationen infrage zu stellen. Diese Prämisse sollte auch bei der Umsetzung des Programms JOBSTARTER CONNECT zur Erprobung von Ausbildungsbausteinen und weiterer Maßnahmen für einen erleichterten und passgenauen Übergang in das Berufsbildungssystem gelten.

Qualifizierungsinitiative

Beim Bildungsgipfel am 22.10.2008 unter dem Vorsitz der Bundeskanzlerin wurden wichtige Weichen für Verbesserungen im Bildungssystem gestellt. Bund und Länder sind bereit, Familien- und Bildungspolitik zusammenzuführen und Bildung als ganzheitliche und strategische Aufgabe für unser Land anzunehmen, die sich von der Vorschule über Schule hin zur beruflichen Aus- und Weiterbildung sowie zur Hochschule erstreckt.

Der Bildungsgipfel hat Themen aufgegriffen, die von zentraler Bedeutung für die Fachkräfteentwicklung der Wirtschaft und den Wohlstand unserer Gesellschaft sind. Die Halbierung der Quote der Schulabgänger ohne Abschluss innerhalb von sechs Jahren entspricht einem dringenden Anliegen der ausbildenden Unternehmen, die sich mit einer defizitären Ausbildungsreife vieler Bewerber konfrontiert sehen. Auch die Reduzierung der Quote junger Menschen ohne Berufsabschluss insbesondere durch eine intensivierte Berufsorientierung und Berufsvorbereitung in den Schulen wird von der Wirtschaft ausdrücklich unterstützt. Die Länder werden zudem bis 2010 die Voraussetzungen dafür schaffen, bei allen Vorschulkindern die Sprachkompetenz vor der Einschulung zu testen und eine flächendeckende Sprachförderung im Vorschulbereich ab 2012 sicherzustellen. Damit wird eine erste wichtige Grundlage für eine aktive Teilnahme am Unterricht und den Erfolg der Schullaufbahn bzw. Bildungsbiografie gelegt.

Ungeklärt geblieben ist die Aufteilung der finanziellen Lasten zwischen Bund und Ländern. Eine Strategiegruppe soll bis Herbst 2009 hierzu Ergebnisse auf den Tisch legen.

Es bleiben nach dem Bildungsgipfel noch weitere Baustellen: Ausgeklammert wurde beispielsweise die Forderung nach mehr Ganztagesangeboten in allen Schulformen, einer Stärkung der ökonomischen Bildung sowie mehr Selbstständigkeit von Bildungseinrichtungen. Bei der Stärkung der MINT-Bildung (MINT=Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik) fehlen klare quantitative Ziele. Das wichtige Anliegen der Wirtschaft nach mehr Durchlässigkeit zwischen beruflicher Bildung und Hochschule soll erst bis 2010 länderübergreifend entschieden werden.

Nach dem PISA-Schock sind in allen Bundesländern die Weichen neu gestellt und Reformen in die Wege geleitet worden. Die Reformanstrengungen haben den „schweren Tanker“ Bildung aber noch nicht wenden können. Hierzu bedarf es Zeit, aber auch zusätzlicher Initiativen. Die Schülerzahl wird in den nächsten Jahren deutlich sinken. Dadurch entsteht schon 2012 ein finanzieller Spielraum von 8 bis 10 Mrd. Euro pro Jahr. Dieses Geld muss unbedingt für eine Qualitätssteigerung in der Bildung genutzt werden.

Bildungsberichterstattung umfassender

Spätestens seit dem Bildungsgipfel im Oktober 2008 wird das Bildungssystem nicht mehr ausschließlich in seinen Teilsegmenten betrachtet, sondern die gesamte Wertschöpfungskette aus Erziehung und Bildung wird in ihrer Gesamtheit analysiert. Vor diesem Hintergrund ist ein Nationaler Bildungsbericht, der über einzelne System- und Zuständigkeitsbereiche hinausgeht und einen Gesamtüberblick liefert, zu begrüßen. Insbesondere die Zusammenführung familien- und bildungspolitisch relevanter Daten schafft die Basis für eine fundierte Analyse, die Voraussetzung für eine Qualitätsentwicklung des Gesamtsystems ist.

Der Nationale Bildungsbericht geht jedoch aufgrund der gebotenen Kürze der Einzelbeiträge nicht in die Tiefe und kann den verschiedenen Themen in allen Facetten und Problemlagen kaum gerecht werden. Er bietet somit einen Überblick über das Gesamtsystem und eine Einführung in Teilbereiche, die erst durch die vertiefende Systemberichterstattung - wie dem Berufsbildungsbericht - detailliert dargestellt werden. In diesem Kontext fügt sich die neue Struktur des Berufsbildungsberichts ein und bildet eine geeignete Informationsquelle für die bildungspolitischen Analysen und Diskussionen.

Durchlässigkeit zwischen den Bildungssystemen stärken

Die zahlreichen und zwischen den Bundesländern stark abweichenden Regeln und Verfahren für die Aufnahme eines Studiums durch beruflich Qualifizierte schränken die Durchlässigkeit zwischen den Bildungsbereichen ein und behindern den Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Praxis. Angesichts des Mangels an qualifizierten Fachkräften müssen einfache und nachvollziehbare Zugangsvoraussetzungen für ein Hochschulstudium zeitnah etabliert werden. Eine allgemeine Hochschulreife für Meister, Techniker, Fachwirte und gleichgestellte Abschlüsse sowie eine fachgebundene Hochschulreife für beruflich Qualifizierte nach erfolgreichem Berufsabschluss und erfolgreicher Zugangsprüfung sind wichtige Signale, um die duale Ausbildung innerhalb des deutschen Bildungssystems zu stärken. Gleichzeitig ist durch eine dringend notwendige Verbesserung der Anrechnungsmöglichkeiten zwischen den Teilbereichen des Bildungssystems die Verpflichtung zum wiederholten Besuch gleichwertiger Bildungsmaßnahmen zu vermeiden.

EQR und DQR

Mit dem Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) sollen das deutsche Bildungssystem und seine Qualifikationen an den Europäischen Qualifikationsrahmen (EQR) gekoppelt werden, um diese im europäischen Kontext transparent und vergleichbar zu machen. Durch die Zuordnung von Qualifikationen aller Bildungsbereiche anhand einheitlicher outcome-orientierter Beschreibungen können erstmals Gleichwertigkeit abgebildet und Impulse für mehr Durchlässigkeit gegeben werden. Für berufliche Aus- und Weiterbildung in Deutschland ergibt sich daraus einerseits die Möglichkeit einer angemessenen Positionierung im nationalen Bildungssystem. Andererseits kann die Qualität beruflicher Qualifikationen "Made in Germany" international besser vermarktet werden.